

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 72 (1997)
Heft: 3

Rubrik: Blick über die Grenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurden und Türken in Deutschland). Die Gefahr bestehe, dass der Terror zur Alltäglichkeit werde. Eine nahöstliche Auseinandersetzung wird immer auch zu einem Sicherheitsproblem für Westeuropa.

«Zivilisation» im Sinne innerer Organisation zur Konfliktregelung besteht im Nahen Osten nicht. Demographische Verflechtungen lassen Auseinandersetzungen immer wieder auf den Westen übergreifen. Das Daytonabkommen von 1991 müsste eigentlich ein Signal an die islamische Welt sein; diese aber nimmt an, dass der Westen «doch nichts tue». Indizien: Russische Unterstützung an europäische Muslime, Radikalisierung aller muslimischen Völker der GUS, zu erwartende Migration aus diesen Staaten ins russische Kernland und als Kettenreaktion Übergreifen auf Westeuropa.

Im Nahen Osten zeichnen sich vitale Interessen ab. Unsere Sicherheitspolitik ist nach wie vor unsicher; die Verflechtung mit dem Nahen Osten darf nicht übersehen werden. Wenn wir uns diesen Fragen nicht stellen, ist es für alle sogenannten sicherheitspolitischen Massnahmen zu spät.

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

NORDIRLAND

Besorgniserregende Entwicklungen

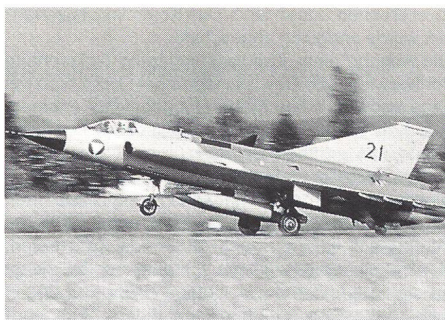
Seitdem die IRA im vergangenen Februar in England und im Oktober auch auf nordirischem Territorium den Waffenstillstand gebrochen hatte, ist wieder ein Ansteigen der Gewalt zu beobachten. Damit wird die Suche nach einer friedlichen Lösung dieser schmerzhaften Probleme schwieriger. In der zweiten Dezemberhälfte wurden Autobomben gegen Verantwortliche des Sinn Fein gelegt, während ein tausend Pfund schwerer Sprengsatz der IRA vor dem Schloss in Belfast noch rechtzeitig entschärft werden konnte. Erst jüngst wurde der Polizeiposten vor dem Obersten Gericht in Belfast Ziel eines Raketenanschlags (6.1.); ein Bombenattentat galt tags darauf zwei Fahrzeugen der Polizei (7.1.). Man sorgt sich ernsthaft über einen erneuten Ausbruch der Gewalt zwischen beiden Lagern – um so mehr, als dank der kleinen Atempause die Täter erneut Waffenlager aufbauen und entsprechende Aktionen vorbereiten konnten. Seitens der IRA scheint der Einsatz von Gewalt zu einer überlegten Taktik zu gehören, um von der Londoner Regierung Konzessionen zu erzwingen.



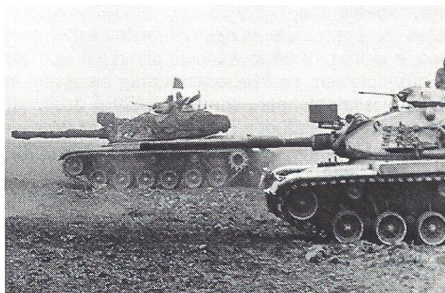
ÖSTERREICH

Spekulationen um neuerliche Herresreform

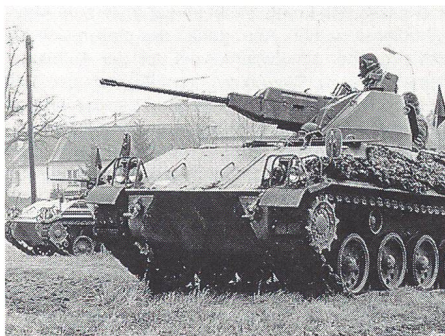
Ein grosser Bericht in der österreichischen Tageszeitung «Der Standard» sorgte Ende Oktober 1996 erneut für Diskussionsstoff über das Bundesheer. In der Tageszeitung war von einem «Geheimplan» die Rede, demzufolge das Bundesheer nochmals – nach dem vor kurzem erst die Heeresgliederung-Neu abgeschlossen war – um ein Drittel kleiner werden soll. Konkret sollen nach dem Bericht das Korpskommando III (mit Sitz in Baden) und die 9. Panzergrenadierbrigade (mit Sitz in Götzensdorf, bei Wiener Neustadt) sowie weitere Truppenteile kleinerer Ordnung aufgelöst werden. Man will auch auf etwa 55 Kampfpanzer (1 Bataillon) verzichten. Daneben soll in der Zentralstelle massiv reduziert (150 bis 200 Planstellen) sowie einige nachgeordnete Heeresämter abgespeckt werden. Geschrieben wurde auch von zusammengelegten Truppen, die nur noch aus Berufssoldaten bestehen sollten. Diese sollten eine Art gutgerüstete «Krisenfeuerwehr» für jede Art von Einsatz bilden, während der Rest flächendeckende Territorialaufgaben übernehmen würde. Infolge der Reduzierung sei auch an einen Verkauf von etwa 17 Kasernen gedacht. Die Begründung für diese neuerlichen einschneidenden Verän-



Die Saab-«Draken»-Abfangjäger können nur zwei bis drei Jahre eingesetzt werden.



Die 170 Kampfpanzer M80A3 sind technisch obsolet. Sie müssten dringend ersetzt werden.



Die Schützenpanzer – im Bild mit 20-mm-Kanone – sind über 35 Jahre alt und am Ende der Verwendbarkeit.

derungen sei die schlechte Finanzsituation und damit die katastrophale Ausrüstungslage des Bundesheeres, führte das Blatt aus. Es fehle an allen Ecken und Enden: bei Kampfpanzern, Schützenpanzern, Flugzeugen, Hubschraubern, Fernmeldegeräten, Lastkraftwagen usw. Fast alles müsste ersetzt werden, weil das in den letzten Jahrzehnten wegen des fehlenden Geldes unterlassen worden war. Doch Geld dafür wird auch in Zukunft nicht bereitstehen. Verwunderlich wäre eine neu einschneidende Veränderung beim Bundesheer nicht. Mit weniger als 0,9 Prozent per Jahr gemessen am Bruttoinlandsprodukt verfügt das Bundesheer kaum über die Mittel, um den Dienstbetrieb aufrechterhalten zu können. Da diese extreme «Sparsituation» bereits länger als 15 Jahre andauert (reichlich hatte man das Heer ja nie mit Mitteln ausgestattet) könnte nun tatsächlich das «Rien ne va plus» gekommen sein.

«Es ist derzeit sowohl in bezug auf Kasernenstandorte zu keinen wie auch immer gearteten Entscheidungen gekommen», kommentierte der Generaltruppeninspektor General Karl Majcen auf Anfrage die «Standard»-Berichte. Er räumte aber ein, dass «laufend» interne Situationsberichte über notwendige «Nachjustierungen» zur Heeresreform erstellt würden. Diese seien notwendig, weil nach vorläufigem Abschluss der «Heeresgliederung-Neu» – wie nach jeder Strukturreform – Anpassungen immer erforderlich seien. Die Situationsberichte sollen «allfällige Divergenzen zwischen Struktur und Ressourcen» aufzeigen. Erst wenn sich aus diesen Berichten zwingend ableitbare Konsequenzen ergeben, können Entscheidungen in bezug auf ein Nachjustieren bei den Führungsstrukturen fallen», so der Generaltruppeninspektor (GTI). Er gab aber an, dass man

wegen der neuen Zivilienstregelung mit nur noch 29 000 anstatt 34 000 Grundwehrdienern pro Jahr rechnen müssen. Beim Nachersatz der Kampfpanzer – angeboten sind 117 gebrauchte «Leopard II» aus den Niederlanden – wird man anstelle der derzeit verfügbaren 170 M-60A3 nur noch mit 117 Leos auskommen wollen. Das Motto «lieber weniger, dafür aber moderner» wäre für den GTI ausschlaggebend.

Der Wehrsprecher der grösseren Regierungspartei (SPÖ), Anton Gaal, zeigte sich über die Straffungspläne – vor allem bei den Panzern – erfreut. Über die bisher geäusserten Vorstellungen hinaus müssten auch die neun Militärkommanden in ihrem personellen und organisatorischen Umfang verringert werden. Dies alles entspreche langjährigen Forderungen der SPÖ, so Gaal. In anderen Fragen werde er aber immer ungeduldiger. Er vermisse Konzepte von Verteidigungsminister Fasslabend (ÖVP) zur Anschaffung von gewöhnlichen Panzern. Auch den Bericht über den tatsächlichen Zustand des Bundesheeres reklamierte er erneut: «Da liegt vieles im argen.» Logischerweise erklärte er aber nicht, dass es seine Partei bisher gewesen ist, die eine laufende Nachrüstung mit modernem Gerät verhindert hat. Dem Vernehmen nach will Minister Fasslabend erst im Laufe des Jahres 1997 über eine Reform der «Heeresgliederung-Neu» entscheiden.

Von oppositioneller Seite gab es Warnungen von FPÖ und Liberalen. FP-Wehrsprecher Herbert Scheibner lehnte eine Reduzierung des Bundesheeres ab. Erst wenn die künftige Sicherheitspolitik des Landes abgeklärt sei, könnten die Anforderungen an die Armee festgelegt werden. Er erinnerte daran, dass schon bei der eben beendeten Gliederung «im luftleeren Raum geplant und gegliedert» worden sei und dies starke Verunsicherungen bei den Betroffenen hervorgerufen habe. «Jetzt, nachdem die «Heeresgliederung-Neu» theoretisch seit einem halben Jahr in Kraft ist, plant man eine «Heeresgliederung-Neu-Neu», die wieder zu Reduzierungen führen soll.» Bestürzend sei, dass es weder an die Betroffenen noch an die verantwortlichen Politiker Informationen gegeben hat, beklagte sich Scheibner und forderte einen umfassenden Zustandsbericht für den Landesverteidigungsausschuss im Parlament.

Auch der liberale Wehr- und Sicherheitssprecher Hans Helmut Moser wandte sich gegen diese Art von «Bundesheer superlight». Er warf dem Verteidigungsminister vor, statt an eine Verbesserung der Landesverteidigung zu denken, wolle er das Heer nun demontieren. Der liberale Sprecher verwahrte sich ausserdem gegen «sicherheitspolitische Vorentscheidungen durch die Hintertür.» Das Bundesheer auf eine mögliche Beteiligung an einem Sicherheitsbündnis auszurichten, ohne die politische Entscheidung abzuwarten, sei abzulehnen. In diesem Sinn interpretierte Moser die ventilierten Neustrukturierungen. Fasslabend müsse sich einer offenen Diskussion über die österreichische Sicherheitspolitik stellen. Die Pläne Fasslabends seien abenteuerlich und gingen in die völlig falsche Richtung. Moser, der ehemalige Berufsoffizier: «Das Bundesheer muss modernisiert und auf Euro-Standard gebracht, die Militärbürokratie abgebaut werden, aber es darf zu keiner Zerschlagung etwa der mechanisierten Truppe kommen. Gerade diese wird auch in Zukunft der Kern jeder wirksamen Landesverteidigung in Europa sein.»

In der Truppe ist man über die neuerlichen Umstrukturierungspläne entsetzt. Man ist sich zwar im klaren, dass etwas geschehen müsse. Mit Einsparungen in der Zentralstelle, bei den Heeresämtern und bei den überdimensionierten Kommanden ist man einverstanden. Keinesfalls aber kann man der Reduzierung der mechanisierten Verbände zustimmen: «Das ist der Tod des Bundesheeres», formulierte es ein hoher Truppenführer. Die Enttäuschung über die fehlgeschlagene Planung der letzten Heeresgliederung («ein Pfusch» wird sie genannt), über das Ignorieren der politischen Zusagen (ständig 1 Prozent BIP für das Heer, keine Verbesserungen für die Zivilien, weil damit Soldaten fehlen würden) und über die politische Blockade aller Verbesserungen für das Heer auf allen Gebieten sind noch nie so stark gewesen wie derzeit. Die Kadernsoldaten geraten immer mehr in eine geistige Isolation und innere Resignation. Die Vorhaben bei der Panzertruppe schlagen jedoch dem Fass den Boden aus. Österreich

verfügt mit seinen drei Panzergrenadierbrigaden ohnehin nur über drei Kampfpanzer-, drei Panzergrenadier-, drei Panzerartillerie- und ein Jagdpanzer-Bataillon als Kampftruppen. Das entspricht etwa dem Mindeststandard eines Heeres. Wenn es nun ein Drittel davon tatsächlich auflöst, dann ist die Mechanisierte Truppe nicht mehr präsent. Die verbleibenden Jägerverbände sind ohne Panzerung bedeutungslos. Flächenflieger und Hubschrauber werden ohne Ersatz in absehbarer Zeit den Flugbetrieb einstellen. 50 Prozent der LKW müssen ausgetauscht werden. Was bleibt dann dem österreichischen Staat an «Heer»? Diskussionen über den Sinn dieser Art von Landesverteidigung scheinen dringend geboten. *René*



Beteiligung bei UN-Stand-by Forces

Österreich wird sich mit Truppen bei einer multinationalen UN-Brigade beteiligen. Das entschied die Bundesregierung in Wien im Dezember 1996. Bereits 1992 hatte der UN-Generalsekretär ein «Stand-by-Arrangement-System» dem Sicherheitsrat vorgeschlagen, das schliesslich 1994 initiiert wurde. Im Jänner 1995 wurde mit der Aufstellung einer multinationalen Brigade, der UN Stand-by-Forces High Readiness Brigade» (SHIRBRIG), begonnen. Ziel dieses Verbandes (bestehend aus Dänen, Schweden, Norwegern, Kanadiern, Polen, Niederländern und Österreichern) ist es, Kapazitäten für eine kurzfristige Reaktion (15 bis 30 Tage nach Beschlussfassung) zum Aufbau von Peacekeeping-Operationen herzustellen. Der Umfang dieser Brigade soll 4500 Mann betragen. Die operative Verfügbarkeit der ersten Teile soll Anfang 1998, die volle Einsatzbereitschaft Anfang 1999 gewährleistet sein.

Österreich wird zwei Kompanien (eine Transportkompanie und eine Jägerkompanie, ausgerüstet mit Mannschaftstransportpanzern) dafür bereitstellen. Einige Offiziere werden für ein Planungselement abgestellt werden.

Österreich wird faktisch immer stärker in ein Netz des internationalen militärischen Engagements (UN, NATO-Partnerschaft für den Frieden, OSZE) eingebunden. Auch der Weg, den die EU vorzeichnet, wird immer deutlicher erkennbar. Die «Petersberg»-Aufgaben im Rahmen der WEU werden in absehbarer Zeit übernommen werden. *-Rene-*



Bundesheer nimmt auch beim SFOR-Einsatz teil

Nach dem Ende des IFOR-Friedenseinsatzes und mit dem Entschluss zur Fortsetzung unter dem Titel SFOR (Stabilisation Force) in Bosnien-Herzegowina wird auch das Bundesheer mit Teilen am Einsatz fortfahren. In den nächsten 18 Monaten werden wie bisher rund 230 Mann (eine Transporteinheit) in Bosnien verbleiben. Das österreichische Kontingent war bisher gemeinsam mit Soldaten aus Belgien, Luxemburg und Griechenland (BELUGA) für militärische und humanitäre Transporte zuständig. *-Rene-*



Zivildienstgesetznovelle beschlossen

Im Dezember des abgelaufenen Jahres hat man in Wien das bisher zeitlich befristete Zivildienstgesetz novelliert und ohne Zeitbegrenzung beschlossen. Es bewirkt seit 1. Jänner 1997 massgebliche Änderungen im Vergleich zur bisherigen Regelung.

Wie schon im Heft 5/1996 dieser Zeitschrift angekündigt («Zivildienstlösung scheint gefunden zu sein»), hatte die Regierungskoalition in Wien eine Novelle des Zivildienstgesetzes zu beschliessen, um das Wiederaufleben einer alten Regelung zu verhindern. Diese hätte das neuerliche Verfahren vor einer Kommission bedeutet, ein Vorgang, der von den Jugendorganisationen heftig bekämpft worden war und laut Aussagen der beiden Regierungspartner auch nicht wirklich gewünscht worden wäre.

Da das Zivildienstgesetz mit Verfassungsbestimmungen versehen ist, musste eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat erreicht werden, was schliesslich mühevoll gelang. Ein beachtlicher Teil der Abgeordneten hatte sich nämlich für eine liberalere Gestaltung eingesetzt. Die neue Regelung sieht vor, dass ab sofort der Wehrersatzdienst (Zivildienst) zwölf Monate dauert (bisher elf Monate), von denen

zwei Wochen Urlaub sind. Das Kommissionsverfahren wurde endgültig abgeschafft.

Die Abgabe einer Zivildienstklärung («glaubhafte schwerwiegende Gewissensgründe») kann bis zwei Tage vor Erhalt des Einberufungsbefehls erfolgen. Auch die Möglichkeit der «Gewissensnachreifung» wurde nun eröffnet. Soldaten können binnen drei Jahren nach der ersten Einberufung noch eine Zivildienstklärung abgeben, auch wenn sie den Grundwehrdienst bereits geleistet haben. Die Erklärung soll ein Jahr nach Abgabe in Kraft treten. Konkret sieht die Regelung vor, dass der Zivildienst an die Stelle noch abzuleistender Truppenübungen treten kann. Eine Erklärung kann aber nicht abgegeben werden, wenn bereits die Einberufung zu einer Übung vorliegt. Sofort nach dem Ende dieser Übung besteht wieder die Möglichkeit zur Abgabe einer Zivildienstklärung.

Auch die Einsatzgebiete der Wehrersatzdiener wurden erweitert. Künftig können sie nicht nur als Schulweglotsen, im Pflegedienst oder als Helfer in Rettungseinrichtungen, sondern auch in Justizanstalten, im Bereich der Schubhaft bzw. in der Gesundheitsvorsorge arbeiten. Im militärischen Bereich hat das neue Gesetz einen schalen Geschmack hinterlassen. Die De-facto-Erhöhung der Dauer um 14 Tage ist nur eine scheinbare Barriere gegen den Missbrauch. Die Abgabe einer formalisierten Erklärung, ohne Gewissensgründe glaubhaft machen zu müssen, erscheint als Missbrauch des Verfassungsangebotes. Die Ausweitung der Einsatzgebiete und weitere Liberalisierung der Abgabemöglichkeiten erschweren die militärische Planung und lassen den Ersatzdienst immer mehr zum Alternativdienst werden. Aber genau das stellen sich die Heeresgegner als Zwischenziel vor der Auflösung des Militärs vor. Warum man den Wehrersatzdienst nicht im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung, zB als Zivil- oder Katastrophendienst, organisieren will, ist den Soldaten unverständlich. Den Grünen und Pazifisten ist hingegen selbst diese nun getroffene liberale Regelung ungenügend. Sie wollen das Gesetz bei den Höchstgerichten beeinspruchen. *-Rene-*



RUSSLAND

Eine marode Militärmacht

Mitte Dezember erklärte der russische Verteidigungsminister Rodionow in einem Interview mit der «Nesawissimaja Gaset», die Streitkräfte des Landes befänden sich in der Krise. Die Lage der Familien von Offizieren und Unteroffizieren sei besorgniserregend: «Für sie ist ein monatelanges Ausbleiben des Solds normal. Viele Soldatenfamilien hungern buchstäblich.» Offiziere seien teilweise gezwungen, Blut für Geld zu spenden, um ihre Kinder zu ernähren! Einige Wochen zuvor hatte ein interner Lagebericht des Moskauer Verteidigungsministeriums dargelegt, in den Truppen wachse die Opposition gegen die Regierung – die Armeeführung könne ihre Loyalität nicht länger garantieren; als Ursache wurden primär die finanziellen Nöte der Soldaten genannt. Über ihre Situation hatte der Vorsitzende des Komitees für Verteidigung in der Duma, Lech Rochlin, bereits Ende September über Radio Russland in grosser Offenheit ausgeführt: «Wie soll man leben, wenn man zwei Monate lang keinen Sold bekommt? Die Offiziere des Generalstabs jobben nebenher als Verladearbeiter, Bodyguards. Doch die Offiziere des Generalstabs leben in Moskau, hier gibt es etwas zu verladen und zu beschützen. Wie aber steht es um die Menschen in den fernen Garnisonen auf dem Lande, bei der Luftabwehr, in den Bergen, wo zwei bis drei Monate lang keine Löhne gezahlt werden und man keinen Gemüsegarten und auch keinen Nebenjob hat? Und wie ist es mit den Raketen-schächten? Sie sind ja auch nicht in den Städten plaziert, sondern irgendwo in der Ussuri-Taiga. Wie sollen diese Leute leben? Keinesfalls ist hier die Rede von einer Partei oder von der Loyalität gegenüber der Regierung – hier geht es darum, wie man überlebt! Und wenn es kein Mensch, sondern ein Hund wäre: Bekommt er eine Woche lang nichts vorgesetzt, ist er bereit, seinen Herrn anzufallen, wenn er sich dadurch satt essen kann. So sieht es also in der Arme aus!»

Gewiss sind bei manchen Formulierungen aus dem letzten Herbst gewisse Abstriche zu machen, fielen sie doch im Zusammenhang mit der Erörterung über den Staatshaushalt für dieses Jahr und ebenso im Hinblick auf das westliche Ausland in der gezielten Absicht, dadurch möglichst viele finanzielle Mittel für die Streitkräfte zu erlangen. Aus der übergrossen Anzahl der Berichte und Kommentare seitens der russischen Massenmedien sowie sonstigen Erkenntnissen aus dem Riesenland muss man allerdings zu der Schlussfolgerung kommen, dass das gezeichnete Bild keineswegs sehr übertrieben ist. Selbst Angehörige des Generalstabes, von Elite-Einheiten der Luftwaffe sowie die Raketenruppen warteten vergangenen Oktober seit drei Monaten auf ihren Sold; zur selben Zeit meldete die Presseagentur «Interfax», im Wolga- und im Ural-Gebiet hätten die Landstreitkräfte sogar im Juli zuletzt ihr Geld erhalten. Nach dem russischen Fernsehen, das sich auf Angaben des Verteidigungsministeriums stützt, gehen heutzutage 82 Prozent der Offiziere einer Nebenbeschäftigung nach – für ein Drittel von ihnen stellt diese sogar ihr wichtigstes Einkommen dar. Einer von ihnen äusserte in einer Sendung, sie wüssten um das Verbot einer solchen Tätigkeit, aber das Leben zwingt uns dazu: Falls wir diese beenden, würden unsere Familien einfach verhungern!» Dieselbe Fernsehsendung ging aber noch auf die weiteren, primär psychologischen Auswirkungen ein: «Die Offiziere geben zu, dass sie die letzten drei Monate, welche ihre Familien an den Rand des Verhungerns brachten, nicht vergessen. Manche haben für sich selber gesehen, dass es möglich ist, ausserhalb der Armee weniger zu arbeiten und eine höhere Bezahlung zu erhalten ohne das Risiko, nach Tschetschenien geschickt zu werden. Die, welche durch diese lukrative Alternative angezogen sind, werden versuchen, die Armee zu verlassen. Diejenigen, die bleiben, werden – selbst nach der zu erwartenden Verbesserung der Finanzsituation – versuchen, einen Nebenjob zu bekommen.» Zweifelloos wird das Verteidigungsministerium alles versuchen müssen, dieses Problem schon im Laufe der nächsten Monate zu bereinigen. Der Erste Stellvertretende Verteidigungsminister Andrej Kokoschin bezifferte diese Schulden an Soldzahlungen allerdings auf acht Billionen Rubel und warnte vor Hoffnungen auf eine schnelle Lösung.

Auch in den Verpflegungssätzen für die Streitkräfte geht der neue Staatshaushalt offensichtlich unter das dringend erforderliche Minimum. Schon im Herbst 1996 hatte Generalmajor Smirnow geklagt, einige seiner Garnisonen hätten im Sommer kein Brot für die nächsten zwei Wochen gehabt, weil sie es nicht bezahlen konnten. «Sie haben fast vergessen, wie Fleisch und Butter aussehen.» Dass dies keinen Einzelfall darstellt, ergibt sich aus einer Mitteilung des Fernsehens: «Die Essensrationen für Soldaten und Offiziere sind um die Hälfte gekürzt worden. Fleisch, Milch und Gemüse wurden ein seltener Anblick.» Bereits im Frühjahr hatte der leitende Militärstaatsanwalt Russlands feststellen müssen, in vielen Kasernen gebe es nicht einmal mehr die «Eisernen Rationen» (also die Notverpflegung); ähnlich rechnete die Wochenzeitung «Nowaja Gaset» unlängst vor, die Armee habe bereits die Hälfte der für einen Kriegsfall angelegten Nahrungsreserven aufgebraucht.

Wegen Geldmangel, so stellten die Teilnehmer auf der Sitzung des Verteidigungsrates in Moskau am 4. Oktober fest, könnten kaum noch neue Waffensysteme angeschafft werden. Vor einigen Monaten unterstrich ein vertraulicher Bericht des Verteidigungsministeriums, nur 22 von hundert der heutigen Waffenbestände entsprächen modernen Anforderungen, und im Jahre 2000 würden es wohl lediglich noch 8,5% sein. Mitte November musste Regierungschef Tschernomyrdin vor der Führung der Streitkräfte einräumen, eine solche Modernisierung sei indes nicht vor den Jahren 2005 bis 2010 zu erwarten. Vielerorts fehlt es den Einheiten sogar inzwischen an Munition. Eine geheime Analyse der deutschen Regierung vom Februar 1996 sieht von den 81 russischen Divisionen 51 nicht einsatzbereit. Äusserungen des Ersten Stellvertretenden Kommandeurs der Pazifikflotte zufolge kann diese ihre notwendigen Vorbereitungen auf den jetzigen Winter angesichts der finanziellen Lage nur zu einem Fünftel erfüllen. Bei der Luftwaffe fliegen die Piloten heutzutage pro

Jahr 30 bis 40 Stunden (internationaler Standard aber sind 180 bis 240). Die erwähnte Bonner Analyse vermerkt, Hunderte von Kampfflugzeugen seien seit über fünf Jahren abgestellt und nicht mehr genutzt worden und damit «nicht mehr einsatzfähig». Glaubt man dem Duma-Parlamentarier Generaloberst Boris Gromow, so benötigen die Luftwaffenverbände jährlich über 200 Einheiten, doch sei bisher lediglich ein Zehntel der notwendigen Maschinen geliefert worden. «Die gegenwärtige Verteidigungsfähigkeit Russlands ist in unzulässiger Weise gering. Die Kampfbereitschaft der Streitkräfte wird immer schlechter», lautete seine Einschätzung letztes Herbst. Von dieser Misere kaum betroffen sind allerdings – neben den sogenannten Weltraum-Streitkräften (die u a für das militärische Satellitensystem zuständig sind) – die rund 60 000 Offiziere und Soldaten der strategischen Nuklear-Streitkräfte: Für die Erprobung der neuen ballistischen Interkontinentalrakete «Topol-M» scheinen genügend Finanzmittel zur Verfügung zu stehen. Im Gegensatz zu eigentlich allen anderen Einheiten sollen beide Bereiche auch nicht verkleinert werden. Die einstigen Privilegien für die Truppen des Innenministeriums gelten heute höchstens noch für die Sicherheitsverbände in Moskau. Zumindest diejenigen in Fernost mussten bis vor kurzem noch auf ihren Sold für den Monat August warten. Nur wenig besser stehen die früher ebenfalls bevorzugten Grenztruppen da.

Dass eine weit verbreitete Korruption bis ins Führungspersonal der Streitkräfte herrscht, musste der neue Verteidigungsminister vor wenigen Monaten zugeben. Ende 1996 liefen entsprechende Verfahren immerhin gegen 16 Generäle und über 80 Obristen! Letzten Herbst waren noch rund 100 000 Fähnriche und Offiziere ohne eine Wohnung. Deutschland zahlte nach dem Abzug der sowjetisch-russischen Truppen aus der Ex-DDR zwar rund 8,35 Milliarden Mark zum Bau von Unterkünften, doch nicht selten wurden dafür Datschas für Generäle gebaut – was ebenfalls die ohnehin schon angeschlagene Moral der Armee stark beeinträchtigte. Denn hatten die Rotarmisten einst die deutsche Wehrmacht bis nach Berlin zurückgetrieben und später der NATO Furcht und Sorgen bereitet, so waren sie jetzt aus dem einst besiegten Deutschland in eine von Krisen geschüttelte und innerlich zerrissene Heimat zurückgekehrt, die für ihr bisheriges Symbol von Grösse und Stärke keine grösseren Zukunftsaussichten mehr bieten konnte. Hinzu kommt, dass die sehr häufig menschenunwürdige Behandlung der Mannschaftsgrade durch Vorgesetzte sich in der Zwischenzeit kaum gebessert hat; alljährlich kommt es innerhalb des Dienstes zu 6500 Todesfällen, angeblich hat sich ihre Zahl während der letzten Zeit auf durchschnittlich 8500 erhöht – auch die Anzahl der Selbstmorde ist gestiegen.

Das durch all diese Umstände sehr gesunkene Ansehen der Streitkräfte führt nach vorliegenden Berichten dazu, dass nur ein Bruchteil der jungen Menschen ihrer Aufforderung zur Musterung folgt und selbst von diesen lediglich 20 Prozent seiner Einberufung nachkommt. Wie der frühere Verteidigungsminister Gratschow einmal ausführte, fehlte 1994 eine halbe Million Rekruten, um im Ernstfall die volle Kampfbereitschaft des Landes zu gewährleisten; vergangenes Jahr wären 500 000 Wehrpflichtige erforderlich gewesen, doch wurde weniger als die Hälfte gezogen. Die Zahl der Deserteure wird westlicherseits auf 10 bis 20 Prozent geschätzt!

In mehr als nur einem Fall haben die Kommandeure das Auslaufen ihrer Nuklear-Unterseeboote während der vergangenen zwei Jahre verweigert, weil die Besatzung monatelang keinen Sold erhalten hatte. Obwohl das Kommando der Nordflotte zumindest einen Vorfall als Meuterei wertete, erfolgte keinerlei Bestrafung. «Die Armee, die Marine und die Spezialdienste sind zu einem Streik oder einer Meuterei bereit», behauptete Anfang November die seriöse Moskauer Zeitschrift «Argumenty i Fakty»; auch General Lebed schloss noch unlängst eine Rebellion innerhalb der Streitkräfte nicht aus. Im Westen jedoch wird Derartiges von eigentlich allen Russland-Experten ausgeschlossen, zumal die Generalität in ihrem traditionellen Gehorchen gegenüber der Staatsführung im Kreml loyal erscheint. Eine andere Situation könnte sich vielleicht bei einem direkten Zerfall der GUS ergeben – doch ein solcher ist nicht in Sicht.

Dr. Friedrich-Wilhelm Schliemann

SERBIEN

Der Druck auf Milosevic lässt nicht nach

Seit mehr als sieben Wochen sieht sich Präsident Milosevic einer beispiellosen Oppositionsbewegung ausgesetzt. Die Reaktionen der Regierung sind schon erste Zeichen des Machtverschleisses, ob schon sich die Auflehnung vorerst auf die städtischen Bevölkerungsschichten beschränkt und die Machthaber noch Rückhalt in den ländlichen Gebieten besitzen (nicht zuletzt dank kontrollierter Medien). Die OSZE-Mission, welche die Ergebnisse der Kommunalwahlen überprüfte (deren Annullierung die grossen Proteste erst hervorgerufen hatte), hat den Sieg der Opposition in 14 Städten – unter anderem auch in Belgrad – bestätigt. Die folgenden Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes Serbiens haben diese Feststellung zunehmend untergraben. Die Armeeführung versicherte der Opposition, dass sie in einer neutralen Position bleiben und gegen die Opposition keine Gewalt anwenden werde; in erster Linie können sich die Machthaber auf die Polizeikräfte stützen.



UNGARISCHE REPUBLIK

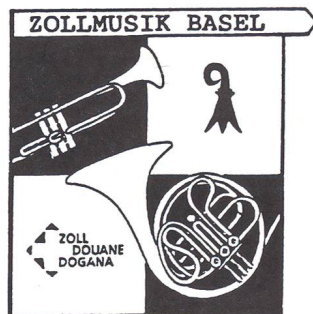
Der gesundheitliche Zustand der ungarischen Soldaten

Aufgrund einer amtlichen Untersuchung in Ungarn mussten die zuständigen Behörden erschreckt feststellen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung der Berufsoffiziere nicht mehr als 59 Jahre beträgt. Diejenigen jungen Leute, die man zum Dienst mustert und einberuft, sind zu einem Drittel untauglich. Der junge ungarische Soldat, so der Bericht – ist weder physisch noch nervlich genügend widerstandsfähig. Der Trend weist weiterhin nach unten. Im allgemeinen: es zeigen sich Erscheinungen, die bis jetzt in der Armee (fast) unbekannt waren. Lustlosigkeit, Depressionen während der Dienstzeit. Obwohl es in Ungarn Mode geworden ist, Körper und Seele fit zu halten und die Armee während der Ausbildung in diesen Sparten – im Rahmen des Sportunterrichts – eine breite Möglichkeit gewährt, werden diese von der Mannschaft nicht genützt.

Die Gesellschaft ist krank, und diese Krankheit zeigt sich auch in der Armee. Ob dies eine Welterscheinung ist?

Peter Gosztony

MITTEILUNGEN DER VERBÄNDE



Jahreskonzert der Zollmusik Basel

Nun wissen wir es: Die Zöllner und Grenzwächter sind nicht nur Garant für einen geordneten Grenzverkehr, sie sind es auch für gepflegte Blasmusik. Im Dorfsaal des Landgasthofs Riehen legten die 6 Musikantinnen und 36 Musikanten ein Zeugnis des freudvollen Musizierens ab.

Wenn sich die Zollmusik in ihren schmucken, neuen Zolluniformen präsentiert, könnte man unweigerlich meinen, es handle sich um die musikbegabten Zollangestellten und Grenzwächter im Raume Basel. Zum Teil stimmt das schon, aber auch ein Fahrer der Basler Verkehrsbetriebe, eine Handarbeits-

lehrerin, ein Fluglehrer, eine Zuckerbäckerin, Post- und Bahnangestellte und Mitarbeiter der Novartis finden wir in den Aktivreihen, ja selbst der musikalische Leiter ist Spezialist im Zubereiten kulinarischer Leckerbissen. Wenn man mit Musikanten spricht, hört man verschiedene Dialekte der Schweiz, nebst Baseldeutsch auch die Mundarten des Wallis, der Waadt, des Bernbiets, von Graubünden, Zürich und St. Gallen. Über den Probenbesuch äussert sich der Präsident, Grenzwächter Andreas Mutzner, sehr lobend. Er schätzt, dass die wöchentliche Musikprobe im Schnitt von 80 Prozent der Aktiven besucht wird, wobei die Zollangestellten und Grenzwächter eine Dienstpause einschalten dürfen. Der jüngste Musikant zählt 22 Jahre, der älteste bläst mit 87 Jahren noch sein Instrument.

Auch zum 12. Jahreskonzert erschienen die treuen Zuhörer und Freunde der Zollmusik Basel in grosser Zahl. Dazu durfte der Präsident zu Beginn des Abends eine illustre Schar von Ehrengästen willkommen heissen. Zum Konzert erschienen Oberzolldirektor Rudolf Dietrich, Jakob Rutz von der Zolldirektion Basel, Hanspeter Wüthrich, Abteilungschef Grenzwachtkorps, Ulrich Götz, der pensionierte Grenzwachtkorps-Kommandant, sowie Vertreterinnen und Vertreter der politischen Behörde von Riehen.

Unter der souveränen Stabführung von Raphael Giossi hörten die Anwesenden eine bunte Mischung aus der Blasmusikliteratur. Die Darbietungen wirkten in Harmonie und Gestaltung erfrischend und abwechslungsreich. Die Stückauswahl wurde so getroffen, dass jedermann auf seine Rechnung kam. Rassige Märsche, beschwingte Walzer und Kostproben aus der modernen Musik wurden kräftig und herzlich applaudiert. Auch das Trompetersolisten-Duo legte ein Zeugnis seines persönlichen Könnens ab. Nach zwei Zugaben waren alle Besucher überzeugt, einen unbeschwert schönen Abend erlebt zu haben.

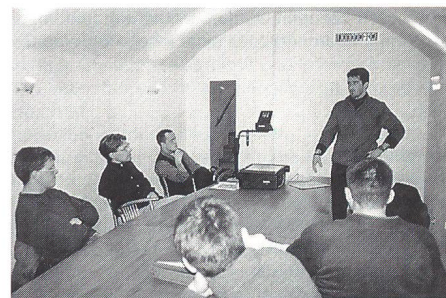
Werner Hungerbühler



JFMS

Kompaniekommandant als Herausforderung

Das Junge FORUM für Militär- und Sicherheitspolitik Graubünden/Sarganserland (JFMS) befasste sich an seiner letzten Mitgliederversammlung in Chur mit der Ausbildung angehender Kompaniekommandanten. JFMS-Präsident Remo Lippuner konnte als Referenten zwei junge engagierte Offiziere begrüssen, die in der Flieger RS 241/1996 in Payerne ihren Grad



Die beiden Referenten Silvan Hürlimann und Martin Dietrich sowie JFMS-Präsident Remo Lippuner (von rechts)

als Hauptleute abverdienten. Martin Dietrich aus Bonstetten führte die Lufttransportkompanie und referierte über den Ablauf des praktischen Dienstes sowie Einsatz und Aufgabenbereich abverdienter Kompaniekommandanten. Silvan Hürlimann aus Walchwil kommandierte die Flugplatzstabskompanie und widmete sich in seinen Ausführungen dem Kader sowie der Aufgabenteilung zwischen Miliz und Instruktion. Die beiden Jus-Studenten zogen in der anschliessenden Diskussion eine differenzierte, aber gesamthaft positive Bilanz ihres praktischen Dienstes. Die JFMS-Veranstaltung war mit einem Kameradentreff der Flieger OS 1/1993 kombiniert. Die Referenten werteten die Bedeutung ihrer OS (bei Maj i Gst Steinmann) in bezug auf ihre Vorbildfunktion und Führungspersönlichkeit als sehr bedeutend. Sie gaben abschliessend den anwesenden